

Europäische Krise, Krisenpolitik und Solidarität

Carina Altreiter und Jörg Flecker¹

Auf einen Blick

Die Finanz- und Wirtschaftskrise und eine verfehlte Krisenpolitik im Dienste ökonomischer Eliten haben Unsicherheit und Zukunftssorgen wachsen lassen und die Unzufriedenheit mit den politischen Einrichtungen verstärkt. Die extrem rechten Parteien nutzen die Situation und propagieren autoritär-ausgrenzende Lösungen auf der Basis „volksgemeinschaftlicher“ Solidarität. Soziale Bewegungen hingegen fordern nicht nur universale Solidarität ein, sondern bemühen sich auch um eine Stärkung der Demokratie von unten. Die Entscheidungssituation für die Zukunft Europas bekommt damit immer deutlichere Konturen.

Eltern, die ihre Kinder nicht mehr versorgen können, fehlende Gesundheitsversorgung für breite Bevölkerungsschichten sowie Arme, die auf öffentliche Auspeisung angewiesen sind – diese und weitere erschreckende Missstände glaubte man aus den langjährigen Mitgliedsländern der Europäischen Union verbannt. Doch nun sind sie in Griechenland und Spanien wieder zu alltäglichen Erscheinungen geworden – von der Massenarbeitslosigkeit, der Ausgrenzung einer ganzen Generation junger Menschen und dem Vertrauensverlust in die Demokratie ganz zu schweigen. Für diese Zustände kann man mit Fug und Recht die EU-Krisenpolitik mitverantwortlich machen, denn seit Ausbruch der Finanz- und Eurokrise sind bereits Jahre vergangen.

Verfehlte Krisenpolitik

Es war die „Troika“ aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds, die mit ihren Interventionen die mit der zur Staatsschuldenkrise umdefinierten Finanzkrise verbundenen Probleme massiv verschärfte. In Griechenland betrug das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2013, also nach drei Jahren Interventionen, nur noch 75 Prozent des Werts von 2008. Mit den Auflagen für die Hilfgelder, insbesondere durch die erzwungenen Sparprogramme und die Senkung der Masseneinkommen, wurde die Wirtschaftsleistung des Landes also um nicht weniger als ein Viertel reduziert.

Der Weg zu diesem eklatanten Misserfolg brachte großes Leid über die Mehrheit der Bevölkerung: Kürzungen der Löhne – der Mindestlöhne im Jahr 2012 um 22 Prozent auf 586 Euro, für junge Menschen gar um 31 Prozent auf 511 Euro pro Monat –, Personalabbau im öffentlichen Dienst, Kürzungen der Renten, Senkung der laufenden Ausgaben der Kommunalverwaltungen und Sozialversicherungen, was die Schließung vieler Gesundheitszentren und öffentlicher Schulen sowie Kindertagesstätten zur Folge hatte, um nur einige der Eingriffe in die sozialen Rechte und die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu nennen.²

Abbau von Arbeitnehmerrechten

Die Krise wurde auch dazu genutzt, die Rechte der Arbeitnehmer_innen nachhaltig zu schwächen. Das System der Kollektivverträge ist in Griechenland de facto außer Kraft gesetzt, da im Jahr 2013 die Allgemeinverbindlichkeit aufgehoben und den Firmenkollektivverträgen Vorrang gegenüber den Branchenkollektivverträgen eingeräumt wurde.³ Letztere können zudem nicht nur von den Gewerkschaften, sondern jetzt auch von anderen Belegschaftsvertretungen abgeschlossen werden, sofern diese von zwei Fünftel der Beschäftigten beauftragt sind. Die Wirkungen blieben nicht aus: Die Löhne, welche die Firmen mit diesen neuen Vertretungsorganen vereinbaren, liegen deutlich unter jenen, die sie mit den Gewerkschaften abschließen.

Solche und ähnliche Maßnahmen setzte die Troika auch in Portugal, Irland und Zypern durch, indirekt auch in Spanien. Die Kritik daran blieb nicht auf die betroffenen Länder beschränkt, sondern erreichte auch die offizielle europäische Politik. Zwei Ausschüsse des Europäischen Parlaments untersuchten im Jahr 2013 die Verfahren und die Auflagen für Finanzhilfen. In der Folge kritisierten sie die Eingriffe der Troika scharf und betonten, dass die Lohnkürzungen und die Senkung der Sozialleistungen Armut und soziale Ausgrenzung zur Folge haben. „Die am stärksten gefährdeten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt – Langzeitarbeitslose, Frauen, Migrant_innen und Menschen mit Behinderung – wurden am stärksten getroffen“, heißt es in der EntschlieÙung. Und weiter: „Die verhängten Auflagen stellen eine Bedrohung der sozialen Ziele der EU dar.“⁴

Auch die Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommis-

sion gestand in ihrem Beschäftigungsbericht größere soziale Ungleichheit, gestiegene Arbeitslosigkeit, höhere Gefährdung durch Armut und soziale Ausgrenzung und vor allem gewachsene Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten seit der Finanzkrise ein.⁵ Der Bericht weist darauf hin, dass die Sozialausgaben der Mitgliedstaaten die Einkommen der Haushalte nach 2010 nicht mehr stabilisierten, weil sie trotz der anhaltenden Verschlechterungen der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen gekürzt wurden.

„Triumph gescheiterter Ideen“

Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Hunger und steigende Selbstmordraten in den sogenannten Krisenländern – all das ist nicht nur der Wirtschaftskrise, sondern insbesondere der EU-Krisenpolitik geschuldet, die man als „Triumph gescheiterter Ideen“⁶ zusammenfassen kann. Denn die neoliberalen Rezepte, die zur größten Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren geführt hatten, wurden nach 2010 weiter verschrieben – angeblich um die Krise zu bewältigen. Tatsächlich bat man die Steuerzahler_innen, die Rentner_innen sowie die Arbeitnehmer_innen nicht nur zur Kasse, um die Banken zu retten. Die Vertreter_innen der Großunternehmen und der Kapitaleigner nutzten die Gunst der Stunde auch dazu, die sozialen Rechte der Bevölkerung abzubauen und die Umverteilung von unten nach oben drastisch zu beschleunigen. Klarerweise kann die europäische Wirtschaft damit nicht aus dem Tief geholt werden. Das wäre mehr als verwunderlich, denn schließlich liegt ja in der stark gewachsenen Ungleichheit die Ursache der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus, wie inzwischen auch von Organisationen wie der OECD zugestanden wird.⁷

Es ist wenig verwunderlich, dass die EU-Krisenpolitik das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Einrichtungen erheblich geschwächt hat. Ein Angriff auf die sozialen Rechte und die Lebensgrundlagen der Mehrheit der Bevölkerung in den sogenannten Krisenländern unter dem Vorwand wirtschaftlicher Notwendigkeiten, der aber im Effekt die Krise eingeständenermaßen verschlimmert, ist schwer als politischer Erfolg zu verkaufen. Der Widerstand gegen diese Politik konnte lange Zeit auf die am stärksten betroffenen Länder eingegrenzt werden, obwohl mit den Beschlüssen zur europäischen Wirtschaftsregierung die Interventionslogik inzwischen auf alle Mitgliedstaaten ausgedehnt wurde.⁸ Die Mobilisierung nationalistischer Ressen-

timents etwa gegen „die Pleite-Griechen“ lenkte in den wenig von der Krise betroffenen Ländern wie Deutschland und Österreich von der gesamteuropäischen Dimension der Krise ab und verhinderte eine Solidarisierung mit den am stärksten Betroffenen.

Mangelndes Vertrauen in demokratische Einrichtungen

Dennoch sind die Gefühle der Unsicherheit und die Zukunftssorgen der Menschen in der EU insgesamt gewachsen. Sorgen bereiten insbesondere die Arbeitslosigkeit, die Lebenshaltungskosten und – unter den Jungen – die Schwierigkeiten, eine Wohnung zu finden.⁹ Mit Ausnahme ganz weniger Länder ist die Arbeitsplatzunsicherheit seit der Zeit vor der Krise deutlich gestiegen. Mehr als die Hälfte der Bürger_innen der EU ist der Meinung, dass sich die Dinge in ihrem Land in die falsche Richtung entwickeln. Dies trifft auch auf die Ebene der Europäischen Union zu. Entsprechend stark hat das Vertrauen in die demokratischen Institutionen abgenommen. Vertrauten Anfang 2007 noch mehr als die Hälfte der Bürger_innen der EU, waren das im August 2013 nur noch 31 Prozent. Das Vertrauen in Parlamente und Regierungen ist auf ein Viertel, das in politische Parteien gar auf 16 Prozent gesunken.

Dass die Demokratie inzwischen aus politischen Inszenierungen und Scheingefechten besteht, während die tatsächliche Politik hinter verschlossenen Türen gemacht und von den ökonomischen Eliten in ihrem Interesse bestimmt wird,¹⁰ dürfte inzwischen wohl von der Mehrheit der Bevölkerung durchschaut worden sein. Verstärkt durch die Krise und die Krisenpolitik waren in der EU im Durchschnitt 46 Prozent der Bürger_innen mit der Art und Weise, wie Demokratie in ihrem Land funktioniert, unzufrieden. Ein Wert, der 2007 erst bei 32 Prozent gelegen war.

Angesichts der Unzufriedenheit mit den demokratischen Institutionen haben populistische und antidemokratische Politiker_innen leichtes Spiel. Doch auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die gestiegene Unsicherheit haben zu einem starken Zulauf zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Bewegungen und Parteien geführt, wie sich bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2014 zeigte. Doch ist die Zunahme von Ressentiments und Gewalt gegen Flüchtlinge, Migrant_innen und Minderheiten eine notwendige Folge der Krise und der Politikverdrossenheit? Führen die ungünstigen

Lebensbedingungen und die Angriffe auf die sozialen Rechte nicht auch zu mehr Solidarität unter und mit den Betroffenen?

Auseinandersetzung um Art der Solidarität

Gegenwärtig lassen sich wie auch in der Vergangenheit zwei unterschiedliche Formen von Solidarität erkennen. Rechtsextreme Bewegungen und Parteien vertreten eine Form der Solidarität, welche die gegenseitige Unterstützung entlang nationaler und ethnischer Linien abgrenzt. Das lässt sich in Anlehnung an die nationalsozialistischen bzw. faschistischen Bewegungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch als „volksgemeinschaftliche Solidarität“ bezeichnen.¹¹ Beispiele dafür sind in Griechenland zu finden, wo Mitglieder der rechtsextremen „Goldenen Morgenröte“ Hilfsgüter für „Griech_innen“ verteilten. Aber auch in Ungarn organisierte die „Ungarische Garde“ Spenden und Lebensmittel für bedürftige ungarische Familien – und zwar nach ihrer Definition an „echte“ ungarische Familien, was Roma und andere Minderheiten ausschließt.

Dem steht eine inklusive Solidarität gegenüber, wie sie Bewegungen und Initiativen vertreten, die Unterschiede zwischen den Menschen aktiv aufgreifen und von dem Prinzip ausgehen, dass grundsätzlich jeder einmal von Unterdrückung, Ausgrenzung, Wohnungslosigkeit usw. betroffen sein könnte.¹² Diese sozialen Bewegungen, die sich beispielsweise in Spanien, Griechenland oder Portugal erstmals im Frühjahr 2011 formierten, verfolgen gegenwärtig zwei Stoßrichtungen: Zum einen geht es um Proteste gegen die Sparpolitik, den wachsenden Einfluss von Banken auf die Politik und ein hegemoniales neoliberales Wirtschaftsmodell mit seinen desaströsen Auswirkungen auf die Bevölkerung. Entsprechend sind Arbeitslosigkeit, Prekarisierung und Armut zentrale Themen.

Stärkung der Demokratie durch „Gegen-Demokratie“

Zum anderen geht es um die Kritik an der herrschenden Form der Demokratie und an den politischen Institutionen. Die Protestbewegungen fordern daher eine Veränderung der Demokratie und erproben in ihren eigenen Reihen alternative Partizipationsformen. So hatten die „Indignados“ in Spanien „Democracia real ya!“, echte Demokratie

jetzt, als zentralen Slogan. Sie versuchten im Sinne einer Konsensdemokratie neue Konzepte demokratischer Beteiligung zu entwickeln und zu leben. Ein wesentlicher Bestandteil war dabei die Besetzung öffentlicher Plätze und die Schaffung von Foren für den offenen politischen Diskurs.

Diese Entwicklungen aufgreifend gibt es in der Diskussion um die Demokratie und ihre Zukunft zusätzlich zur These der „Postdemokratie“ von Colin Crouch, der von einer Rückentwicklung demokratischer Prozesse spricht, eine zweite zentrale Zeitdiagnose.¹³ Das gestiegene Engagement in Bürgerinitiativen zeige, dass das Interesse an Politik nicht zurückgegangen sei. Vielmehr ist es zumindest in den sogenannten Krisenländern gestiegen und um neue Formen der inklusiven Solidarität erweitert worden. Darauf bezieht sich die These von der „Gegen-Demokratie“ des französischen Historikers Pierre Rosanvallon. Er fokussiert auf diese anderen Formen demokratischer Beteiligung, die ein bedeutendes Gegengewicht zur bisherigen, institutionalisierten Demokratie bilden.

Die staatsbürgerschaftliche Kontrolle, die üblicherweise von unabhängigen Behörden und Richter_innen, Medien, aber auch von sozialen Bewegungen und Bürgerforen geleistet wird, bleibt in der Regel

außerhalb der traditionellen demokratischen Institutionen. Sie gewinnt insbesondere in Zeiten einer Krise der repräsentativen Demokratie an Bedeutung. So gesehen stellt „Gegen-Demokratie“ nicht das Gegenteil von Demokratie dar, sondern es handelt sich um eine Demokratie der „indirekten, in der Gesellschaft verstreuten Macht, die Demokratie des organisierten Misstrauens“, welche für das Funktionieren der institutionalisierten, durch Wahlen legitimierten Demokratie unerlässlich ist.¹⁴

Die wirtschaftliche Krise und insbesondere die EU-Krisenpolitik, welche die soziale Krise in Europa verschärfte, führt gegenwärtig quer durch den europäischen Kontinent zu politischen Reaktionen, die teils in eine autoritär-ausgrenzende Richtung weisen, teils eine Überwindung der nationalen und ethnischen Abgrenzungen und eine Stärkung der Demokratie von unten anstreben. Nicht nur an Wahltagen wird offensichtlich, dass Europa an einer Wegkreuzung angekommen ist. Schwerwiegende Entscheidungen sind zu treffen: Soll eine Politik für Eliten mit ihrem Kern der Schwächung der Arbeitnehmer_innen und der Umverteilung von unten nach oben weiter notdürftig mit den eingespielten demokratischen Verfahren kaschiert werden oder gelingt eine Erneuerung und Erweiterung der Demokratie auf der Grundlage grenzüberschreitender Solidarität?

-
- 1 Mag.^a Carina Altreiter ist Universitätsassistentin am Institut für Soziologie an der Universität Wien. Univ.-Prof. Dr. Jörg Flecker ist Professor für Allgemeine Soziologie an der Universität Wien. Dieser Text basiert auf einem Vortrag, den die Autorin und der Autor auf der Sommertagung des Kocheler Kreises für Wirtschaftspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung und des österreichischen Kautsky-Kreises (27. - 28.6.14) in Wien gehalten haben.
 - 2 Karamessini, Maria: Die griechische Tragödie. Neoliberale Radikalkur in einer Währungsunion des Gegeneinander, in: Lehndorff, Steffen (Hrsg.): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen revisited – zehn Länderstudien, VSA Verlag, Hamburg 2014.
 - 3 Allinger, Bernadette; Flecker, Jörg; Hermann, Christoph: Das Ende der Pfadabhängigkeit? – Umwälzungen in den industriellen Beziehungen seit der Krise, in: Sozialer Fortschritt 63 (1-2), 2014, S. 7-13.
 - 4 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. März 2014 zu den beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekten der Rolle und der Tätigkeiten der Troika (EZB, Kommission und IWF) in Bezug auf Programmländer des Euro-Währungsgebiets (2014/2007(INI)).
 - 5 Europäische Kommission: Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts, 13.11.2013.
 - 6 Lehndorff, Steffen (Hrsg.): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen revisited – zehn Länderstudien, VSA Verlag, Hamburg 2014.
 - 7 Siehe: Piketty, Thomas: Das Kapital im 21. Jahrhundert, C.H. Beck, München 2014. Sowie: Krämer, Hagen: Thomas Piketty und die wachsende Ungleichheit im Kapitalismus, WISO direkt (Dezember), Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2014.
 - 8 Schulten, Thorsten; Müller, Torsten: Ein neuer europäischer Interventionismus?, in: Lehndorff, Steffen (Hrsg.): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen revisited – zehn Länderstudien, VSA Verlag, Hamburg 2014.
 - 9 Eurobarometer: Public Opinion in the European Union, May 2013. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb79/eb79_publ_en.pdf.
 - 10 Crouch, Colin: Postdemokratie, Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2008.
 - 11 Sørensen, Øystein: Solkors og solidaritet. Høyreautoritær samfunnstekning i Norge ca. 1930-1945, J.W. Cappelen, Oslo 1991, zitiert in: Stjernø, Steinar: Solidarity in Europe. The History of an Idea, Cambridge University Press, Cambridge 2009.
 - 12 Gould, Carol C.: Transnational Solidarities, in: Journal of Social Philosophy 38 (1), 2007, S. 148-164.
 - 13 Della Porta, Donatella: Demokratie: Herausforderung und Chance. Keynotevortrag, „Va bene?! Die deutsch-italienischen Beziehungen auf dem Prüfstand“, Berlin, 1.-2.12.2011.
 - 14 Della Porta, Donatella: Soziale Bewegungen für eine „andere“ Demokratie, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 1/2, 2012, S. 60-62.

Impressum: © Friedrich-Ebert-Stiftung | Herausgeber: **Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik**
der Friedrich-Ebert-Stiftung | Godesberger Allee 149 | 53175 Bonn | Fax 0228 883 9205 | www.fes.de/wiso |
ISBN: 978-3-95861-081-1

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.